

Fokus Menschenrechte

Nr. 35 / April 2016



Die Lage der LGBT in Russland

Gelten LGBT als Persona non grata?

Joseph Streibl

Seit Putins zweiter Präsidentschaftsperiode fällt Russland in längst vergessen geglaubte Repressionen zurück. Die LGBT-Gemeinschaft spürt diesen Wandel wohl am stärksten. Aufgrund neu erlassener Gesetze durch homophobe Gruppierungen sowie durch populistische Politiker werden sexuelle Minderheiten immer mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Zusammenfassung

In Russland wird das Klima für die LGBT-Gemeinschaft seit Jahren rauer. Anstatt der Öffentlichkeit die Skepsis gegenüber Homosexualität zu nehmen, instrumentalisiert die russische Führung Homophobie in ihrem propagandistischen Kampf gegen den Westen. Mit zunehmend schärferen Methoden werden Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender gegängelt, sei es mit schärferen Gesetzen oder durch die öffentliche Diskreditierung von Homosexuellen. Mittlerweile muss die russische LGBT-Bewegung hoffen, nicht vollständig kriminalisiert zu werden. Aufgrund der Entscheidung der russischen Staatsduma, dass Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht mehr automatisch anzuerkennen seien, werden Homosexuelle in Russland immer leichter zu Vogelfreien von sowohl homophober Bevölkerung, als auch Teilen der russischen Führung.

In den 90er Jahren feierte die LGBT-Bewegung in Russland beachtliche Erfolge. 1993 erreichte sie eine Legalisierung von homosexuellen Handlungen und 1999 erfolgte dann der nächste logische Schritt. Homosexualität wird seither nicht mehr als Krankheit, genauer gesagt als Geisteskrankheit, eingestuft. Das mag in unserer liberalen Welt mittlerweile als Selbstverständlichkeit angesehen werden, im konservativen Russland jedoch kann man diese Änderungen als einen immensen Fortschritt einstufen. Zumal in den Folgejahren eine zunehmende Akzeptanz zu spüren war. In den letzten zwei Jahren aber kam es zu einem Richtungswechsel und Homosexuelle werden wieder stärker diskriminiert. Was ist also in Russland passiert? Während in Deutschland mittlerweile gleichgeschlechtliche Ehen diskutiert werden, fällt die Russische Föderation in repressive Umgangsformen zurück.

Verbot von „Schwulenpropaganda“

Zurückzuführen sind diese antiliberalen Strömungen auf die bisher ungebrochen starke Skepsis bezüglich jeder von der traditionellen Norm abweichenden Lebensform und auf den propagandistischen Kampf gegen den liberalen Westen seit 2012. Auch nach 17 Jahren der offiziellen Zurückweisung, dass Homosexualität eine Krankheit sei, beharrt ein Großteil der Bevölkerung auf dem gegenteiligen Standpunkt. Trotz weltweit zunehmender Digitalisierung, Modernisierung und Globalisierung mehren sich in Russland nationalistisch-reaktionäre Stimmen, die in LGBT eine Bedrohung sehen. Und genau diese Stimmung in der Bevölkerungsmehrheit veranlasste die Regierung 2013 dazu, ein Gesetz zu erlassen, welches „Schwulenpropaganda“ verbietet. Im Grunde ist es keine neue Verordnung, da das Kommunalparlament von St. Petersburg das erste war, das dieses Statut verabschiedet hat. 2013 folgte dann aber die Ausweitung auf föderaler Ebene, sodass seitdem alle Bürger Russlands davon betroffen sind. Die



Protestaktion „Kiss-In“ vor der russischen Botschaft in Berlin.

Foto: Keete 37 CC BY 3.0 Wikimedia Commons

Quintessenz dieses Gesetzes stellt das Verbot dar, Minderjährige über Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transsexuelle zu informieren. Laut dem Initiator des Gesetzes, Witali Milonow Mit-

glied der Kreml-Partei „Einiges Russland“, der das Gesetz bereits 2012 eingebracht hatte, soll es Kinder vor gefährlichen Informationen schützen. In Wirklichkeit aber verstößt es zum einen gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung und zum anderen kann man keineswegs von einem Schutz der Kinder sprechen, da das Gesetz LGBT-Kinder und Familienmitglieder *de jure* leugnet. Galina Michaleva, Vorsitzende der Genderfraktion der außerparlamentarischen Oppositionspartei Jabloko, sagt dazu:

„Im Westen und in anderen Teilen der Welt haben die Staaten aufgehört, unter die Bettdecken der Bürger zu schauen, um den Bürgern vorzuschreiben wie und mit wem sie Sex haben sollten. Außerdem haben viele Länder die gleichgeschlechtliche Ehe legalisiert und sogar die Adoption für gleichgeschlechtliche Paare freigegeben. Dieses beschämende Gesetz aber fördert Hass und verdrängt einen Teil unserer Landsleute in Ghettos, indem es ihnen faktisch eine Minderwertigkeit unterstellt (...) solch eine Verordnung ist gleichbedeutend mit dem Rückfall in die sowjetische Gesetzgebung, die mit dem Sodomiegesetz sexuelle Minderheiten strafrechtlich verfolgt hat“.

Dieses Diktat steht also nicht nur für eine antiquierte Legislative, sondern es wird zusätzlich der weit verbreitete Glaube, dass LGBT für die Gesellschaft schädlich seien, nur noch tiefer in der Bevölkerung verankert und das mit weitreichenden Konsequenzen.

Zunahme von homophoben Gruppen

Aufgrund dieses Gesetzes kreierte die Regierung nicht nur eine feindliche Umgebung auf legislativer Ebene, sondern Hardliner und radikale Gruppen verstanden es geradezu als Legitimation, gegen LGBT auf eigene Faust vorzugehen. Sie verstehen sich als Hüter des patriarchalischen Russlands, organisieren sich oftmals in militanten Bürgerwehren und sehen in Homosexuellen eine fremde, pervertierende Kraft, die die fest verwurzelten traditionellen Werte Russlands untergraben will. So bildeten sich seit 2013 vermehrt homophobe Gruppen,

die Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminieren, schikanieren und einschüchtern. Ein probates Mittel dieser zweifelhaften Bürgerwehren ist es, Homosexuelle auf „Fake-Dates“ zu locken, um sie anschließend erniedrigen und denunzieren zu können. Die bekannteste Initiative ist wohl „Occupy Pedophilia“, die den populären Irrglauben, dass Pädophilen mit Homosexuellen gleichzusetzen seien, öffentlich und mit aller Vehemenz vertritt. Trotz der Inhaftierung des Gründers Maxim Martsinkewitsch 2014 und der anschließenden Verurteilung zu zwei Jahren und zehn Monaten Haft funktionieren seine homophoben Netzwer-

befeuert. Ein paradigmatisches Beispiel dafür ist ein Treffen Putins mit freiwilligen Helfern anlässlich der Olympischen Winterspiele. Auf diesem ließ er verlauten: „Schwule sollen sich bei den Olympischen Spielen in Sotchi wohlfühlen. Aber bitte, lasst unsere Kinder in Ruhe!“¹ Mit zweifelhaften Aussagen wie diesen unterstützt er indirekt Bewegungen wie „Occupy Pedophilia“, die Hatz auf angeblich pädophile Homosexuelle betreiben. Putin reiht sich hier aber nur in eine illustre Runde hochrangiger Politiker ein, die LGBT öffentlich kompromittieren. Dabei sind Putins Aussagen im Vergleich zu denen anderer Funktionäre noch leicht zu verdauende Kost.



Proteste der LGBT-Bewegung gegen das Verbot von „Schwulenpropaganda“, enden in gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Foto: Roma Yandolin BY-SA 2.0 Wikimedia Commons

Der stellvertretende Ministerpräsident Dmitry Rogozin beispielsweise nutzte die Olympischen Winterspiele als Plattform. Er verteidigte die russische Politik, indem er auf dem Kurznachrichtendienst TWITTER klarstellte, dass Politiker, die die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe befürworten und zudem homosexuelle Propaganda verbreiten, mit Sicherheit nicht das Beste für ihr Land wollen und gar ihr Volk hassen.

ke weiter. Interessant daran ist, dass Martsinkewitsch nicht wegen der Verfolgung von Homosexuellen verurteilt wurde, sondern „lediglich“ aufgrund von Extremismus.

Diskreditierung der LGBT durch Politiker

Anstatt jedoch dieser Selbstjustiz Einhalt zu gebieten, fördert die Politik diese Vereinigungen, indem sie sich zunehmend einer aggressiven Rhetorik gegenüber der LGBT-Gemeinschaft bedient. Das russische Staatsoberhaupt selbst hat die Pädophilie-Gerüchte immer wieder selbst

Iwan Nikitschuk ist ein weiterer hochrangiger Politiker, der die LGBT-Community heftig attackiert. Der kommunistische Duma-Abgeordnete greift dabei zu einer drastischen Wortwahl, indem er das Verhalten von Homosexuellen als mentale Abweichungen betitelt. Laut Nikitschuk hat die Natur Mann und Frau geschaffen, um zusammen zu sein. Auch in der Tier- und Pflanzenwelt kann er keine Anomalien erkennen, woraus er folgert, dass sexuelle Minderheiten von der Norm abweichende Kranke seien.² Diese verqueren Ansichten gipfelten in einem kürzlich erarbeiteten Gesetzesvorschlag, der es verboten hätte, sich zu „outen“. Nikitschuk

und sein Parteikollege Nikolei Arawjew von der Kommunistischen Partei Russland waren die Initiatoren, deren Ziel es war, öffentliche Äußerungen von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen unter Strafe zu stellen. Das hätte zur Folge gehabt, dass jegliche öffentliche Zärtlichkeit unter gleichgeschlechtlichen Partnern sanktioniert und mit einem Bußgeld von 5000 Rubel oder 15 Tage Gefängnisstrafe belegt würde. Das Gesetz wurde zwar am 19.02.2016 vorerst abgelehnt, jedoch nicht aufgrund seines Inhalts, sondern wegen formeller und juristischer Unzulänglichkeiten. Im Grundsatz stimmten die meisten Abgeordneten sogar überein.

Der wohl bekannteste Anti-LGBT-Aktivist ist der Politiker Witali Milonow, der Wegbereiter für das Gesetz gegen homosexuelle Propaganda. Milonow, der in Putins Einheitspartei „Einiges Russland“ aktiv ist, steht sinnbildlich für die ultrakonservative Politik des Kremls seit Putins Rückkehr. Er ist ein Opportunist, der die Gunst der Stunde nutzte und die allgemein hohe Popularität von Homophobie zu seinem Steckenpferd machte. Um sein Renommée weiter voranzutreiben, scheut er kein Risiko und zeigte daher schon Madonna für den Verstoß gegen homosexuelle Propaganda an, kämpft aktiv gegen den Darwinismus und jagt in seiner Freizeit „Pädophile“. Der Petersburger Politiker wurde von Putin im letzten Jahr sogar mit dem „Verdienstorden für das Vaterland“ für seine jahrelangen Anstrengungen für eine bessere Rechtssetzung ausgezeichnet. Eine bezeichnende Dekoration, die die feindselige Stimmung gegenüber der LGBT-Gemeinschaft eindrucksvoll widerspiegelt.

Worin sich Putin, Rogozin, Nikitschuk, Milonow und viele andere einig sind, betrifft die Rolle des Westens. Egal ob Putin in der westliche Politik anprangert, dass sie den Glauben an Gott

und den Glauben an Satan gleichsetze, indem sie Großfamilien mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gleichstelle oder Rogozin den Sieg von Conchita Wurst beim ESC damit kommentiert, dass die Zukunft Europas eine bärtige



Friedliche Proteste gegen Homophobie in Russland.

Foto: Keete 37 by BY 3.0 Wikimedia Commons

Frau sei,³ der Duktus ist der Selbe. Es wird eine Verrohung der westlichen Gesellschaft proklamiert, die durch Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender verkörpert und nach Russland importiert würde. Nikitschuk spricht diese Verschwörungstheorie sogar ganz offen an, indem er den Westen bezichtigt, die Jugend mit homosexuellem Gedankengut zu korrumpieren, um dadurch rückgängige Geburtszahlen zu erreichen. Er geht davon aus, dass es „alles Teil eines größeren Planes“⁴ sei, der Russland letztendlich unterminieren soll. Den Westen selbst sieht er hingegen schon als verwässert an, da die westliche Gemeinschaft die Priorisierung von Menschenrechten ad absurdum führe, sodass erste Problematiken, wie in der Kölner Silvesternacht zu sehen, bereits auftraten. Milonow wiederum erläutert, dass die europäische *political correctness* und liberale Toleranz geradezu krankhaft seien. Europa würde so zu einer zweiten Weimarer Republik, die so ultra-demokratisch und liberal ist, dass sie Gefahr läuft zu

scheitern, falls eine ähnliche Gruppierung, wie die Nazis auftauchen sollte.⁵

LGBT verlieren ihre letzte Schutzmacht

Obwohl die Übergriffe auf sexuelle Minderheiten in den letzten Jahren stetig anstiegen, kann sich die LGBT-Gemeinschaft schon lange nicht mehr auf die Hilfe der Polizei verlassen. Bei einer Umfrage von HUMAN RIGHTS WATCH haben nur 22 von 78 befragten Opfern einen Überfall der Polizei gemeldet. Die Gründe dafür liegen in der Angst der Opfer begründet. Entweder sie

fürchten sich vor einer Belästigung durch die Polizei oder sie bezweifeln, dass die Polizei ihr Anliegen überhaupt ernst nehmen würde.⁶ Und ihre Zweifel werden durchaus bestätigt, da keine einzige homophobe Gewalttat als Volksverhetzung behandelt wurde und das obwohl entsprechende Gesetze hierzu existieren. Selbst die offenkundigsten homophoben

Übergriffe wurden nur als normale Verbrechen behandelt. Man kann also durchaus behaupten, dass die Ordnungshüter Übergriffe auf LGBT verharmlosen.

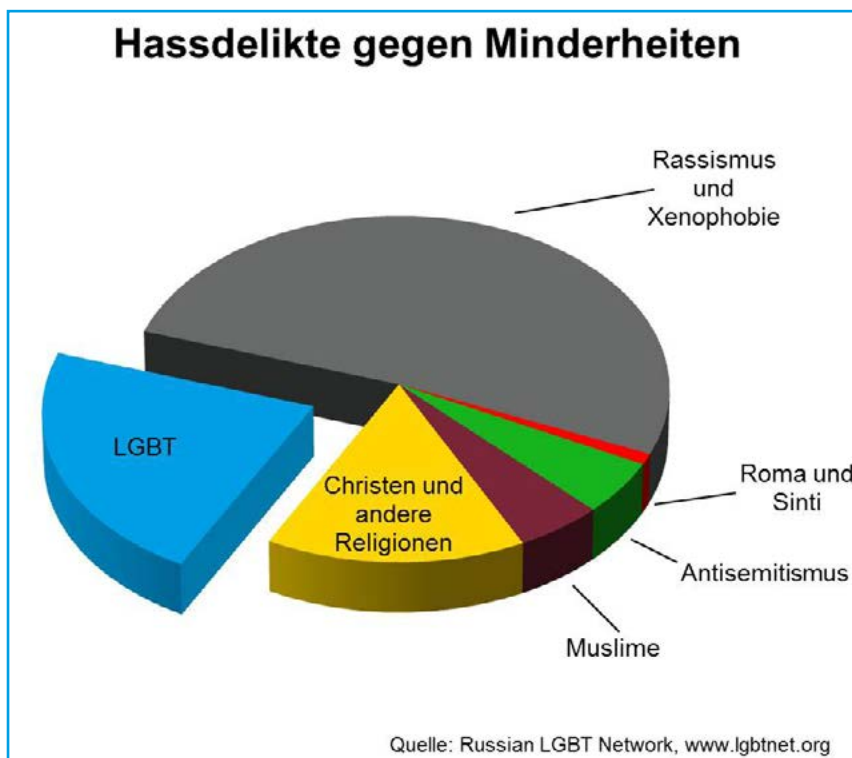
Daher ist oftmals der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte für LGBT die letzte rettende Instanz, da Russland 1996 die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten unterzeichnete, und damit anerkannte, dass die Rechtsprechung des Gerichtshofs umzusetzen ist. Dadurch konnte bei besonders schwerwiegenden Rechtsverletzungen der Gerichtshof intervenieren und die russische Rechtsprechung zurechtweisen. So geschehen 2010, als der Europäische Gerichtshof das Verbot gegen die LGBT-Parade „Moscow Pride“ aufhob

und auch nach mehreren Einsprüchen von russischer Seite, das Recht auf Versammlungsfreiheit verteidigte.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte handelte aber nicht nur in diesem singulären Fall den Interessen des Kremls zuwider. Seit 2010 wandten sich über 130.000 russische Bürger an den Gerichtshof, dabei wurden von 1.600 angenommenen Klagen stolze 1.500 zugunsten der Kläger entschieden. Russland war dieses „Veto-Recht“ des Straßburger Gerichtshofes daher schon seit längerer Zeit ein Dorn im Auge. Im Winter letzten Jahres hat es nun darauf reagiert. Neuerdings bedarf es einer zusätzlichen Kontrolle des russischen Verfassungsgerichts, ob Urteile von internationalen Organen mit der Verfassung Russlands übereinstimmen. Obwohl nicht explizit ausgesprochen, richtet sich diese Neuerung doch hauptsächlich gegen den

Europäischen

Gerichtshof für Menschenrechte. Er sieht sich nun faktisch seiner Macht in Russland beraubt, da seine Rechtsprechung nicht mehr zwingend bindend ist.⁷



Fazit

Letztendlich wird die Schutzmachtfunktion des Europäischen Gerichtshofs gegenüber den LGBT vermindert, sodass sie zunehmend homophoben Gruppen und Politikern völlig wehrlos ausgeliefert sind. Während in anderen vornehmlich westlichen Ländern die LGBT-Gemeinschaft dem Traum von einer vollständigen Gleichberechtigung immer näher kommt, zeigt sich in Russland ein komplett konträres Bild. Sie

rücken verstärkt in das Fadenkreuz der Bevölkerung und der politischen Führung, sodass es mittlerweile keinesfalls mehr darum geht Fortschritte zu erzielen, sondern darum eine völlige Kriminalisierung, Marginalisierung und Tabuisierung zu vermeiden. Der Trend zeigt weiterhin in diese Richtung, sodass man konstatieren muss, dass die LGBT-Gemeinschaft wohl noch nicht am Ende ihrer schweren Zeit angekommen ist und es durchaus möglich, ja sogar wahrscheinlich ist, dass sich ihr Stand in Russland weiterhin verschlechtert.

Politische Empfehlungen:

- In kulturellen Veranstaltungen die konkreten Missstände benennen, damit es in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt (z.B. kritische Filme bei Preisverleihungen auszeichnen)
- Öffentliche Veranstaltungen mit Russlands LGBT-Aktivisten organisieren + finanzielle Unterstützung von LGBT-Organisationen
- LGBT-Problematik nicht nur bei Großveranstaltungen (Olympische Winterspiele) thematisieren, sondern kontinuierlich ansprechen und kritisieren

- Konfrontation der russischen Regierung in bilateralen Gesprächen
- Unerwünschte Nebeneffekte, die eine Kriminalisierung von LGBT zur Folge hat, verdeutlichen (steigende Selbstmordrate, steigende HIV-Infektionen)
- Persönliche Sanktionen gegenüber Anti-LGBT-Aktivisten aussprechen (z.B. Visa-Verbote)

1 <http://www.welt.de/sport/olympia/article123956884/Liebe-Schwule-bitte-lasst-unsere-Kinder-in-Ruhe.html>

2 <https://meduza.io/en/feature/2016/01/14/human-rights-aren-t-everything>

3 <http://www.bild.de/politik/ausland/russland/russische-politiker-hetzen-gegen-esc-gewinnerin-wurst-und-europa-35930548.bild.html>

4 [/meduza.io/en/feature/2016/01/14/human-rights-aren-t-everything](https://meduza.io/en/feature/2016/01/14/human-rights-aren-t-everything)

5 www.politico.eu/article/fear-and-family-values-in-putins-russia-gay-propaganda-law-vitaly-milonov/

6 www.hrw.org/de/news/2014/12/15/russland-straftfreiheit-bei-gewalt-gegen-lgbt

7 <http://www.fr-online.de/politik/russland-putin-hebelt-menschenrechte-aus,1472596,32938374.html>

Joseph Streibl arbeitete in der Geschäftsstelle der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Potsdam.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
- Referat Asien und Menschenrechte -
Karl-Marx-Str. 2
14482 Potsdam

menschenrechte@freiheit.org
www.freiheit.org